

## Öffentliche Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 15.04.2021

**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr

**Sitzungsende:** 20:25 Uhr

**Ort, Raum:** Videokonferenz

---

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Einwand gegen die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 17.12.2020 2021/911
- 3 Übertragung von Sitzungen im Internet 2021/830
- 4 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern 2021/898
- 5 Verkauf des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Schwemlingen 2019/060-001
- 6 Interessenbekundungsverfahren "Haus Sonnenwald" 2021/915

- |   |   |          |
|---|---|----------|
| 7 | Änderung des Durchführungsvertrags zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Hinter Fußhaus" im Stadtteil Hilbringen | 2021/871 |
| 8 | Verlagerung von Wirtschaftsplanmitteln zugunsten des Ansatzes "Kanalerneuerungen Inlinerverfahren" (SK 072050)  | 2021/903 |
| 9 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen   |          |

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

---

### 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Meldungen aus der Stadthalle vor.

---

### 2 Einwand gegen die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 17.12.2020

2021/911  
zurückgezogen

Stadtratsmitglied Weiten (B90/Die Grünen) erklärt zum Antrag der Grünen-Fraktion: „Herr Bürgermeister, zunächst einmal danke ich für Ihre Unterstützung durch das Eingreifen in der Stadtratssitzung vom 17.12.2021, in der Sie das Gelächter durch Ihre Worte: „Ich nehme das Thema auch sehr ernst“ unterbanden. Wenn man aber die Niederschrift als neutrale Person liest, kommt man zu einem anderen Eindruck. Ich gehe davon aus, dass Sie, sehr geehrte Mandatsträger und Mandatsträgerinnen, die Niederschrift auch gelesen haben. Herr Bürgermeister ging auf meine Bitte (Möglichkeiten der Durchführung von Schnelltests vor Präsenzsitzungen) ein. „Ein Stückweit habe er es jetzt verstanden auch durch die Wortmeldung“. Auch der Vorsitzende gibt zu: „Er hätte sich diese heutige Sitzung nicht gewünscht. Aber Herr Weitens eigene Fraktion habe damals im April dafür geworben, dass solche Sitzungen wie heute auch stattfinden“ Ich antwortete ihm daraufhin: „Gestern ist gestern und heute ist heute. Man hat eine ganz andere Pandemielage“ Dies wurde durch lautes Gelächter einiger Mandatsträgerinnen und Mandatsträger begleitet. Ich äußerte mich zu diesem Gelächter: „Was man nun macht, ist fast schon lächerlich. Ich finde das Thema viel zu ernst“ „Der Vorsitzende bestätigt dies“ Der Vorsitzende ermöglichte mir dadurch meine Bitte zu wiederholen. Was ich auch tat. Ich ziehe hiermit den Einwand zurück. Lassen Sie die Niederschrift bitte ungeändert ohne Kommentar bestehen.“

Der Vorsitzende erklärt, dass durch das Zurückziehen des Einwandes über diesen Tagesordnungspunkt nicht mehr abgestimmt werde.

---

### 3 Übertragung von Sitzungen im Internet

2021/830  
abgelehnt

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) dankt der Verwaltung, insbesondere Herrn Klein, der die Diskussion begleitet habe. Es habe sich eine Rechtsgrundlage im Saarland geändert. Diese habe die Verwaltung aufgearbeitet und dem Rat vorgestellt. Bei der Aufstellung der Listen zur Stadtratswahl 2019 hätten die Ehrenamtler, die sich engagieren, diesen Hintergrund nicht gehabt und hätten sich auch nicht damit auseinandersetzen können, dass Sie einmal gefilmt werden würden bei einem Redebeitrag und diese Aufzeichnung dann auch ins Internet gestellt würde. Man unterscheide sich als Ehrenamtler darin sehr deutlich von denjenigen, die im Landtag oder im Bundestag aktiv seien und dies als Beruf wahrnähmen. Die CDU-Fraktion habe nicht nur im Stadtrat, sondern auch in anderen Bereichen sehr viele Ehrenamtler, die sich mit ihren Fähigkeiten einbrächten und die Kreisstadt in verschiedenen Ebenen nach vorne brächten. Es sei die Überzeugung der CDU-Fraktion, die sich mit der Vorlage und den Ausführungen des Vorsitzenden decke, dass ein Ehrenamtler selbst entscheiden könne, ob er gefilmt werden wolle oder nicht. Die Gesetzeslage sage dies auch eindeutig so aus. Die CDU-Fraktion beachte daher die Persönlichkeitsrechte der Ehrenamtler, wenn diese sie wahrnehmen wollten. Die Übertragung der Stadtratssitzung höre sich einfach an. Es gebe jedoch gemäß der Datenschutzgrundverordnung viele Auflagen. Man habe als Mandatsträger vor und auch nach der Sitzung die Möglichkeit, einer Aufzeichnung zu widersprechen. So könne es zu dem von der Verwaltung angesprochenen Stückwerk kommen. Man habe viele Gründe dafür und einige dagegen und auch neutrale Haltungen innerhalb der Fraktion. Folglich gebe es kein einheitliches Bild in der CDU-Fraktion.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) ergänzt, es sei ein sehr komplexes Thema. Es sei eine andere Situation, ob man eine Stadtratssitzung und somit Ehrenamtler aufzeichne oder im saarländischen Landtag. Die angesprochene Problematik, dass Redebeiträge gestückelt wiedergegeben werden könnten, habe auch in der SPD-Fraktion zu vielen Diskussionen geführt. Man habe ebenfalls kein einheitliches Bild in der Fraktion, da sich die Frage gestellt habe, ob dies wirklich die Ratssitzung wiedergebe, die die Ratsmitglieder und Zuschauer in einem anderen Format erleben könnten. Deshalb sei die Sorge der Ehrenamtler verständlich. Zudem entstünde ein sehr hoher Aufwand für die Verwaltung, auch in finanzieller Hinsicht durch die Aufzeichnung. In der Fraktion gebe es daher ein sehr kritisches Bild gegenüber den Aufzeichnungen, weshalb man der Vorlage nicht zustimme.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) erklärt, das Thema Transparenz, insbesondere auch in städtischen Gremien, beschäftige die Grünen-Fraktion schon lange. Man habe immer versucht, alle Möglichkeiten zu nutzen, damit die Politik attraktiver, bürgernäher, das heiße auch transparenter, gemacht werden könne. Es gebe relativ hohe Hürden für einen Live-stream, aber er sei nicht ausgeschlossen. Zwischenrufe ohne bildliche oder namentliche Zuordnung zu einer Person seien keine Öffentlichkeit in dem Sinne. Für die Grünen-Fraktion sei es bei der Listenaufstellung immer ganz normal gewesen: wenn jemand für ein öffentliches Amt kandidiere - und ein Stadtratsmandat sei ein solches - und werde in der Öffentlichkeit exponiert wahrgenommen, dass dies eine gewisse Öffentlichkeit nach sich ziehe. Zum Beispiel sei es gängige Praxis, wenn ein Mandatsträger während einer Stadtratssitzung rede, dass die Saarbrücker Zeitung oder der Saarländische Rundfunk das Recht für sich in Anspruch nehmen - das gehöre zur Pressefreiheit und das wisse auch jeder Mandatsträger - , dass die Wortäußerungen per Schrift oder Ton zur Veröffentlichung im Radio oder Fernsehen aufgenommen würden. Dazu müsse er vorher nicht sein Einverständnis erklären. Insoweit sehe er dies anders als seine Vorredner. Für ihn sei das ein Stück gelebte Demokratie. Es sei auch ein Weg, Politik zeitgemäß zu machen. Betrachte man die Kosten, so sei es

natürlich so, dass umso höhere Kosten entstünden, je komplizierter man dies mache. Wenn der gesamte Rat sage, dass alle Demokraten seien und eine öffentliche Funktion bekleideten, auch als Ehrenamtler, dann sei das Ganze nicht nur einfacher, sondern auch wesentlich günstiger umzusetzen. Daher bleibe es bei der Grünen-Fraktion dabei: Livestream sei ein wichtiger Teil für gelebte Demokratie. Daher werde man alles tun, auch wenn dies nun abgelehnt werde, dass man irgendwann diesen demokratischen Prozess im Stadtrat Merzig realisiere.

Der Vorsitzende greift den angesprochenen Aspekt der Liveübertragung auf. Dazu habe man sich mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmt und dies in der Vorlage vermerkt. Auch aus der Sicht des Datenschutzbeauftragten sei eine Live-Übertragung nicht möglich, da die Stadt Merzig gewährleisten müsste, dass es keine Zwischenrufe gebe und z.B. Gespräche der Ratsmitglieder mit persönlichem Inhalt unterbleiben müssten. Daher sei der Vorschlag der Verwaltung die Aufzeichnung mit späterer Übertragung gewesen.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) erklärt, er werde einer Aufzeichnung nicht zustimmen. Seine Fähigkeiten als Moderator seien nicht qualitativ hoch genug, um für diesen Fall zu genügen. Er fände es auch nicht gut, wenn gewisse Passagen aus der Aufzeichnung herausgeschnitten würden, da das wiedergegebene Bild dann nicht mehr dem Verlauf der Sitzung entspräche.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) betont, die Linken unterstützten die Übertragung der Sitzungen des Stadtrates im Internet ausdrücklich und hielten es für einen wichtigen und der modernen Zeit angemessenen Schritt. Es werde überall die mangelnde Digitalisierung in Deutschland beklagt. An diesem Beispiel hier könne man sehen, wie man dabei hintendran sei. Es gehe auch um die Frage der Teilhabe und der Transparenz. Es sei die Frage, wie man den Bürgern ermöglichen könne, die politischen Prozesse nachzuvollziehen und daran teilzuhaben. Gerade zurzeit, da es gefährlich sei für die Gesundheit, wenn man sich mit Personen in der Stadthalle versammle und den Sitzungen beiwohnen, halte sie es für wichtig, dass man den Bürgern trotzdem diese Möglichkeit gebe. Sie verstehe, dass jemand das persönlich nicht wolle. Es habe sich aber auch jeder in dieses öffentliche Amt wählen lassen. Von daher habe jeder eine persönliche Meinung dazu, aber auch eine öffentliche Verantwortung. Sie hoffe, man würde sich diese öffentliche Verantwortung nochmals bewusst machen. Sie halte dies für ein wichtiges Thema, das die Demokratie näher an die Bürger heranbringe. Ratsmitglied Spanier macht den Vorschlag bezüglich der Kosten, es auszuprobieren für die Zeit, in der alles ohnehin online ablaufe. Solange brauche man kein Kamerateam, drei Kameras und müsse nicht im Nachgang drei Kamerabilder zusammenschneiden. Man habe nur die eine Videokonferenz, die nachher eventuell zurechtgeschnitten werden müsse. Das seien weit weniger hohe Kosten, als eine Firma mit der Aufnahme zu beauftragen. So könne man einen ersten Versuch starten ohne zu hohe Kosten.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) erklärt, er erkenne an der Diskussion, dass es verschiedene Meinungen gebe. Es sei auch wichtig, dass man verschiedene Meinungen vertreten könne. Eine unterschwellige Bemerkung wolle er so nicht stehen lassen. Wenn man sage, die Anwesenden seien Demokraten und würde eventuell implizieren, dass diejenigen, die einer Übertragung nicht zustimmten, keine Demokraten seien, weise er dies deutlich zurück. Er als Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion stelle sich vor jedes Mitglied seiner Fraktion, das einer Live-Übertragung nicht zustimmen wolle.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) weist darauf hin, dass das Wort Demokratie ein sehr weitreichendes Wort sei. Deshalb bedeute Demokratie fördern kein Knechten oder eine Unterstellung. Es sei ein normaler Prozess, wozu auch die Bürgerbeteiligung und Transparenz zählten. Weiterhin erklärt er, derzeit habe man nur eingeschränkt Publikum in der Stadthalle. Es könnte aber sein, dass man bei Sitzungen z.B. 150 Zuschauer hätte in der Stadthalle. Das sei ein Live-Stream, da der Wortbeitrag eines Ratsmitgliedes dann auch von 150 Zuschauern gehört werde. Es sei mit dem Mandat verbunden, dass man zu dem stehe und sich äußere, wenn man das wolle, wofür man gewählt worden sei. Man habe eine Stimme bekommen vom Bürger und gebe auch wieder etwas zurück. Dieses Zurückgeben mit modernen Mitteln wolle man als Grünen-Fraktion unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) gibt zu bedenken, dass man das Problem der Äußerungen oder Zwischenrufe Dritter in der Pandemie gar nicht mehr habe. Jeder sitze zuhause und es gebe keine Dritten, die dazwischenriefen. So sei man seitens des Datenschutzes wesentlich freier als später, wenn die Sitzungen wieder als Präsenzveranstaltungen stattfänden. Beim aktuellen Stand der Dinge sei dieses Jahr damit nicht mehr zu rechnen, vielleicht im nächsten oder übernächsten Jahr. So seien viele Problempunkte gerade nicht vorhanden. Die Fraktion DIE LINKE unterstütze den Livestream. Habe jemand Bedenken, dass seine Worte nicht gut ankämen, so gebe er Herrn Borger recht, es sei das Gleiche, ob man in der Stadtratssitzung am Mikrofon stehe oder von zuhause aus am Mikrofon stehe.

**Beschluss:**

Die Übertragungen von Sitzungen im Internet werden abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	20	5

4 **Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern** **2021/898**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern in der Kreisstadt Merzig zum 01.01.2021 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	2

---

5

**Verkauf des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Schwemlingen**

**2019/060-001**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Bänsch (CDU) bedankt sich dafür, dass das Thema wieder auf der Tagesordnung sei, da es aus ihrer Sicht für Schwemlinger Belange sehr wichtig sei. Sie danke auch der Verwaltung, dass sie kurzfristig für Klarheit gesorgt habe, damit ersichtlich sei, dass es nicht nur um eine rein gewerbliche Nutzung gehe, sondern auch privat erworben werden könne.

**Beschluss:**

Das Teilgrundstück in der Gemarkung Schwemlingen Flur 6 Nr. 30/15 mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges Feuerwehrgerätehaus Schwemlingen" wird im Bieter- bzw. Interessenbekundungsverfahren zu einem Mindestverkaufspreis von 70.500,00 € zu den in dem Bekanntmachungstext dargestellten Kriterien zum Erwerb angeboten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	2

---

6

**Interessenbekundungsverfahren "Haus Sonnenwald"**

**2021/915**  
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) dankt der Verwaltung dafür, dass man mit dem 2. Ausschreibungsverfahren viele Interessenten nach Merzig habe einladen können. Es seien drei im Grundstücksausschuss gewesen, davon seien zwei in die nähere Auswahl gekommen. Die Ausschreibungsthematik für das Haus Sonnenwald sei bereits öfter im Rat gewesen. Der nun eingeschlagene Weg sei richtig. Die beiden nun verbliebenen Konzepte seien aus Sicht der CDU-Fraktion beide gut. Man könne in beiden Vor- und Nachteile sehen. Man betone jedoch ausdrücklich, dass man erst in der Anfangsphase sei. Die Bewerber hätten ihre Projekte und Ideen nun vorgestellt. Die Entscheidung der Verwaltung, noch keine Reihenfolge festzulegen, sondern zu schauen, wie die Ideen weiterentwickelt werden könnten und ob auf die geäußerten Wünsche seitens der Ausschussmitglieder eingegangen werden könnte, sei richtig. Man könne diese 6 Wochen auch noch warten. Es sei der CDU-Fraktion wichtig gewesen, dass die beiden Anbieter, die aus Sicht der Fraktion viele Vorteile mitbrächten und das Haus Sonnenwald aufwerteten, auch ausgewählt worden seien. Beiden werde die Möglichkeit gegeben, weiterhin am Verfahren teilzunehmen. Man werde innerhalb der nächsten 6 Wochen im Rat eine Entscheidung treffen müssen, welcher Interessent in der ersten und welcher in der zweiten Priorität sein werde. Beide hätten zugesichert, dass sie bezüglich der geäußerten Ideen auf die Ausschussmitglieder eingehen werden. Man solle gemeinsam versuchen Ideen einzubringen, die Hürden jedoch nicht so hoch zu legen, dass man am Ende nichts mehr habe. Man sei weiterhin Herr des Verfahrens. Es werde irgendwann ein B-Verfahren initiiert werden, wo man auch weiterhin Herr des Verfahrens sei. Wichtig und gut habe man gefunden, dass beide Investoren gesagt hätten, dass sie öffentlich zugängliche Bereiche schaffen

würden. Dass dort mit einem Restaurantangebot verschiedener Art und Weise auch die Bevölkerung und die Tagestouristen aus der Umgebung mitgenommen würden. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass man in diesen Prozess so viele Personen wie möglich frühzeitig einbinde. Da man noch in der Anfangsphase sei, könne man noch nicht alles vorstellen, aber die Gremien- und Mandatsträger wolle man da miteinbinden. Der Wunsch der Fraktion sei es, dass man vielleicht bei der nächsten Vorstellung in 6 Wochen neben den Mitgliedern des Grundstücksausschusses und Interessenten der Stadtratsfraktionen auch den Ortsrat einbinde, dann aber natürlich separat berate. Aber die Personen aus dem Ortsrat sollten die Projekte in der Gesamtheit vorgestellt bekommen im Sinne der Transparenz. Die CDU-Fraktion sage deutlich Ja zur Entwicklung des Hauses Sonnenwald, Ja zu den Arbeitsplätzen, Ja zu dem entstehenden und erweiterten Tourismus. In Besseringen habe man mit dem Haus Sonnenwald in der früheren Art und Weise auch klar zum Tourismus beigetragen. Die Fraktion werde das Projekt, so wie von der Verwaltung vorgeschlagen, positiv begleiten.

Stadtratsmitglied Klein (SPD) erklärt, die Bewerber für das Haus Sonnenwald hätten diese Woche ihre Entwürfe vorgestellt. Es seien sehr interessante, aber auch sehr unterschiedliche Konzeptansätze, die aber von beiden Bewerbern realisierbar seien. In diesem Entwurfsstadium der Projektentwicklung habe sich gezeigt, dass natürlicherweise noch Abstimmungsbedarf bestehe. Deshalb begrüße die SPD-Fraktion, dass die Stadt mit den Bewerbern noch weitere Gespräche führen wolle, mit dem Ziel einer überplanten Konzeption, die auch belastbare Zahlen und Fakten beinhalte und ein nachhaltiges Projekt im Auge behalte für diese Entwicklung des Hauses Sonnenwald. Es sei ein Juwel, an dem alle nachhaltig arbeiten sollten. Die SPD-Fraktion wolle aber ergänzend dazu anregen, dass nach Ablauf der Frist beide Bewerber in Präsenz in der Merziger Stadthalle mit ihrem Projekt wieder vorstellig würden und den Gremien Rede und Antwort stünden, als Basis für eine spätere Stadtratsentscheidung. Ebenso wolle die Fraktion, dass der Ortsrat Besseringen in diesen Prozess eingebunden werde. Die SPD-Fraktion stimme dem Vorgehen ebenfalls zu.

Der Vorsitzende äußert zu den Anmerkungen des Vorredners, dass er dazu im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung noch etwas sage. Dazu müsse noch ein Beschluss gefasst werden. Man werde dann über die weitere Vorgehensweise genauer informieren.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) führt aus: „Zukunft für das Haus Sonnenwald - ein insbesondere auch für den staatlich anerkannten Erholungsort Besseringen sehr bedeutender Punkt. Für unsere Fraktion möchte ich Folgendes festhalten:

1. Wir unterstützen den Vorschlag der Verwaltung, mit den beiden Bewerbern im Gespräch zu bleiben, um deren Überlegungen weiter zu konkretisieren. In diesem Zusammenhang bitten wir darum, den Umfang des direkten Eingriffes (durch die Bebauung) und des indirekten Eingriffes (Waldabstand, Lichtraumprofil etc.) in den bisher nicht bebauten Bestand, also Grünflächen bzw. Wald, genau zu ermitteln.
2. Wir machen deutlich, dass wir ein für die Örtlichkeit passendes und natur-schonendes, sowie innovatives (Baustoffe, energetische Versorgung etc.) Konzept bevorzugen, das einen Mehrwert für Besseringen, unsere örtlichen Unternehmen, Arbeitskräfte etc. bedeutet.
3. Wir möchten keine Belastungen der Ortslage, d.h. der Anwohner und Anwohnerinnen, die deutlich über dem bekannten Betrieb der Einrichtung liegt.



4. Wir bestehen in diesem Zusammenhang auf eine frühzeitige Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner. Das geht über den Ortsrat hinaus. Wir wollen, dass es ein Projekt wird, das breit durch die Besseringer Bevölkerung getragen wird.
5. Wir werden ein Konzept bevorzugen, das den staatlich anerkannten Erholungs-ort Besseringen aufwertet.
6. Wir machen an dieser Stelle auch deutlich, dass wir einen Vorschlag für eine neue Verkehrsführung machen werden und dies unabhängig von den aktuellen Planungen, denn so, wie die verkehrliche Situation in den Zufahrtsstraßen von der Bezirksstraße aktuell ist, kann sie unseres Erachtens nicht bleiben.

Insofern bitten wir um Zustimmung, dass eine Bürgerbeteiligung vor einer Beschlussfassung durch die Gremien stattfindet. Wir könnten uns vorstellen, dass in einem ersten Schritt die verbleibenden Bewerber ihre Planungen öffentlich vorstellen. Immerhin könnten ja Anregungen aus der Bevölkerung für die Bewerber vor dem Feinschliff der Planungen interessant sein. Natürlich setzt die aktuelle Corona-Lage Grenzen, aber ich könnte mir vorstellen, dass eine Info-Veranstaltung unter Corona-Auflagen im Bürgerhaus Besseringen möglich ist - Stichwort Schnelltest oder auch digital. Wir haben ja zwischenzeitlich entsprechende Erfahrungen, wie so etwas funktionieren kann.“

Der Vorsitzende bestätigt, er könne alle Aussagen des Vorredners unterstreichen und er denke, das ginge den übrigen Stadtratsmitgliedern ebenso. Jedoch hätten diese Punkte Bestandteil des Interessenbekundungsverfahrens sein müssen. Wenn die Grünen-Fraktion darauf Wert gelegt hätte, hätte man das damals einbringen müssen. Es lägen nun Angebote vor. Die Grünen-Fraktion habe sich am Dienstag relativ deutlich für einen der Vorschläge ausgesprochen. Man rede jetzt noch mit zwei Interessenten, die ihre Planungen vorgestellt hätten. Man werde in den Gesprächen auf das Gesagte eingehen. Aber die Grundlage dessen, was ausgeschrieben worden sei, sei Bestandteil des Interessenbekundungsverfahrens gewesen. Darüber habe man vor einigen Monaten im Stadtrat bereits gesprochen.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/ FDP) betont, er begrüße es, dass es für die heutige Sitzung eine neue Sitzungsvorlage gebe. Denn er empfinde es als einen ausgesprochenen Glücksfall, dass man zwei Bewerber hätte, die als sehr geeignet erschienen und mit denen man weitere detaillierte Gespräche in den nächsten Wochen führen werde. Weiterhin begrüße er, dass man nun die Absicht habe, den Ortsrat einzubinden. Das sei eine Notwendigkeit. Zu den Projekten merkt er an, dass er eine kleinere Variante bevorzugen würde als diesen „Big Block“.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) spricht ein Lob aus und bekundet seine Freude darüber, dass man die beiden, sehr guten Bewerber im Rennen habe. Einer der Bewerber könnte für Merzig ein großes Alleinstellungsmerkmal bringen. Er habe einen ähnlichen Änderungsvorschlag wie Herr Borger: Man solle die Öffentlichkeit vor der Entscheidung einbinden. Dies bedeute, dass die Konzepte vorgestellt würden, gefragt werde, wie die Meinungen dazu seien. Die Entscheidung liege beim Stadtrat, aber man könne sehen, welches der beiden Projekte von den Bürgern bevorzugt werde. Allein wegen der Politikverdrossenheit und für eine Transparenz sollte man die Bürger vor der Entscheidung dazu nehmen. Natürlich müsse man sich vorher mit den Interessenten abstimmen.

Der Vorsitzende erläutert zum angesprochenen Thema der Transparenz, dass man mit allen Interessenten – den 7, die noch infrage gekommen seien – Gespräche geführt habe.

Zunächst in Erstgesprächen, dann sei man in die internen Gespräche gegangen, was der Fachbereich übernommen habe. Die Präsentationen vom Montag und Dienstag habe auch die Verwaltung nicht vorher gekannt. Es sei der Verwaltung wichtig gewesen, dass die Ratsmitglieder am gleichen Tag wie die Verwaltung die Informationen bekommen. Das sei ein sehr transparentes Vorgehen gewesen. Ebenso, dass man montags und dienstags den Ausschuss informiert habe, mittwochs dann den Ortsrat und nun den Stadtrat. Die Vorlage mit dem Beschlussvorschlag sei nachgereicht worden. Als man zur Sitzung eingeladen habe, habe man die Vorschläge noch nicht gekannt. Daher habe man sich entschlossen abzuwarten, wie die Präsentationen seien und wie die Ratsmitglieder diese sähen, um dann als Zusammenfassung eine Vorlage zu erstellen, um möglichst viele Ratsmitglieder mitzunehmen. Es sei ein gewaltiger Weg, den man gemeinsam gehen wolle. Stadtrat und Verwaltung müssten dabei gemeinsam auftreten. Wie es weitergehe, werde man im weiteren Verlauf der Sitzung diskutieren. Es sei aber wichtig, dass alles transparent abgewickelt werde.

Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) betont, dass er es zielführend finde, dass die Verwaltung für die heutige Sitzung einen alternativen Beschlussvorschlag unterbreite. Ansonsten hätte er einen Vertagungsantrag stellen müssen. Dazu wolle er aus seiner Sicht eine kurze Begründung abgeben: „Die Eingabefrist endete mit Datum: 15.01.2021. Fast 3 Monate später sollten 3 städtische Gremien - Grundstücksausschuss, Ortsrat und Stadtrat - innerhalb von 4 Tagen eine Entscheidung treffen. Gestern und vorgestern fand je eine Sitzung des Grundstücksausschusses statt, in denen die 3 noch verbliebenen Bewerber die Möglichkeit hatten, ihre Bewerbungen persönlich vorzutragen und zu präsentieren. Diese Präsentationen waren sehr aufschlussreich und brachten teils überraschende, für die Entscheidungsfindung durchaus relevante Erkenntnisse, die in den Unterlagen der Mitglieder des Orsrates keinen Niederschlag gefunden haben und auch nicht finden konnten. Nicht nur deshalb vertrete ich die Auffassung, dass die gestrige Anhörung des Orsrates Besseringen ohne den von der Verwaltung kurzfristig übermittelten Beschlussvorschlag nicht normgerecht, sondern mit Formfehlern behaftet gewesen wäre. Hinzu kommt der Umstand, dass die amtliche Bekanntmachung nicht mit der Einladung für die Ortsratsmitglieder und der tatsächlichen Tagesordnung übereinstimme. Vor der nächsten Sitzung des Orsrates sollte auch den Mitgliedern des Orsrates Besseringen die Möglichkeit eingeräumt werden, durch die Teilnahme an einer persönlichen Vorstellung und Präsentation der beiden noch verbleibenden Bewerber echte Entscheidungsgründe zu erheben und dadurch auf den gleichen Wissensstand zu kommen, wie die entsprechenden Gremienmitglieder. Wie sonst sollten die Mitglieder des Orsrates eine sachorientierte Entscheidung treffen können, wenn sie nicht einmal den gleichen Wissensstand haben wie andere Mandatsträger. Diese Verfahrensweise widerspricht nach meiner Auffassung zudem der häufig propagierten öffentlichen Darstellung, die Arbeit der Ortsräte stärken zu wollen. Daneben sollte die Verwaltung die Zeit bis zur Präsentation der aktualisierten Bewerbungsunterlagen durch die noch verbliebenen Bewerber nutzen, offensichtlich auch nach den Präsentationen noch bestehende Unklarheiten zu beseitigen. Ich hätte auch gerne noch den Beschlussvorschlag der Verwaltung im Ortsrat um folgenden Passus erweitert: „Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Beratungen im Fachausschuss intensivere Gespräche mit den Bewerbern bezüglich der Konzepte „Hotel“ und einer Mischung mit „Hotel, betreutem Wohnen und Gesundheit“ „auf der Basis ihrer Bewerbungen vom 13. und 14.01.2021“ - zu führen. Da sich für diesen Zusatz jedoch offensichtlich keine Mehrheit gefunden hätte, habe ich darauf verzichtet, um zu dokumentieren, dass sich der Ortsrat auf jeden Fall geschlossen für eine weitere Projektierung des angestrebten Vorhabens ausspricht.“

Der Vorsitzende erläutert, das, was am Montag und Dienstag präsentiert worden sei, sei die Basis, aufgrund derer man nun in weitere Gespräche gehe. Man habe bewusst keinen Beschlussvorschlag seitens der Verwaltung präsentiert. Das hätte man aus vorgenannten Gründen auch nicht machen können. Über das in den Präsentationen Gezeigte hätten sich die Stadtratsmitglieder Gedanken machen können. Auch die Verwaltung habe das erst intern am Mittwoch machen können, um einen Vorschlag zu erarbeiten. Es hätte auch sein können, dass sich ein klarer Favorit herauskristallisiere und man sich geschlossen am Dienstag nur für einen Bewerber ausgesprochen hätte. Wie man mit dem Ortsrat weiter vorgehe, werde man später noch besprechen.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) betont, man werde, das sei die Hoffnung, in der aktuellen Anfangsphase mit den verschiedenen Verfahren zu einem guten Ziel kommen. Er sei irritiert gewesen über die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der Grünen, da im Ausschuss vom Vertreter der Fraktion etwas anderes kundgetan worden sei. Man habe gemeinsam eine Ausschreibung auf den Weg gebracht. Man habe im Stadtrat gesagt, man wolle das Modell A. Innerhalb dessen gebe es natürlich die Varianten A1 bis A25. A1 und A2 werde man nun weiter begleiten. Es wäre zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens ungünstig zu sagen, man wolle Variante B haben. Das würde dazu führen, dass sich die Investoren nicht so ernst genommen fühlten. Was in Besseringen zu einem Stillstand führen könne, was die CDU-Fraktion nicht wolle. Man hoffe darauf, dass man gemeinsam Besseringen stärken wolle und nicht bei der Variante B lande, die keine Mehrheit mehr finde.

Fachbereichsleiter Klein ergänzt eine Erklärung zur Anmerkung, die Sitzung des Ortsrates Besseringen sei nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden. Dies sei aus seiner Sicht nicht zutreffend. Man habe den nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt nachgereicht. Maßgeblich für eine ordnungsgemäße amtliche Bekanntmachung von Sitzungen sei aber seit Änderung der Bekanntmachungssatzung durch den Merziger Stadtrat die Veröffentlichung auf der städtischen Internetseite. Die Veröffentlichung der Tagesordnung im Neues aus Merzig diene der zusätzlichen Information, die rechtlich relevante Veröffentlichung sei diejenige auf der Website. Diese habe die identische Tagesordnung des Ortsrates Besseringen enthalten. Daher sei die Sitzung ordnungsgemäß bekannt gemacht worden.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) merkt an, dass vermehrt gesagt worden sei, man würde es mit Befremden betrachten, wenn Mandatsträger im Stadtrat eine eigene Meinung hätte. Das würde die Grünen-Fraktion eventuell von der CDU-Fraktion unterscheiden. In der Grünen-Fraktion dürfe jeder Mandatsträger eine eigene Meinung haben. Bei diesem Projekt gebe es sicherlich Gründe für das eine oder das andere. Zur Anmerkung des Vorsitzenden, warum die eben genannten 6 Punkte nicht im Interessensbekundungsverfahren genannt worden seien, sagt der Fraktionsvorsitzende, dies seien alle Punkte, die man selbst in der Hand habe. Das sei auch der Grund des Antrages der Verwaltung, den die Grünen-Fraktion unterstützen wolle. Die Verwaltung werde weiterhin mit beiden Bewerbern im Gespräch bleiben. Die genannten Punkte könne man in einem Gespräch einbringen und möglicherweise auch durch eine aktive Bürgerbeteiligung Anregungen aus der Bürgerschaft. Das verstehe die Grünen-Fraktion unter einem transparenten Verfahren, ebenso Dinge einzubinden, die bisher noch nicht genannt worden seien. Es sei ein Witz, wenn man denke, dass die Verkehrsführung im Interessensbekundungsverfahren behandelt werden müsse, wenn die Stadt Merzig als Trägerin dieser Straßen möglicherweise eine andere Verkehrsführung plane.

Der Vorsitzende erwidert, es seien zum größten Teil Punkte, die auch die Investoren betreffen. Man sei in Gesprächen mit den Investoren, da hätte er sich gewünscht, dass man entweder im Vorfeld die Verwaltung informiere, was die Wünsche der Fraktion seien, oder spätestens am Montag oder Dienstag hätte die Grünen-Fraktion die Möglichkeit gehabt, genau diese nun angesprochenen Punkte den Investoren mit auf den Weg zu geben. Dies sei nicht erfolgt. Auf der Grundlage der Gespräche habe man nun eine Vorauswahl getroffen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) betont, es habe alle positiv überrascht, dass sich gegenüber dem ersten Interessensbekundungsverfahren diese Größenordnung der Investoren ergeben habe. Die aber daraus schließen lasse, dass die Infrastruktur dementsprechend vorhanden sei bzw. belastet werde. Es werde nicht mehr so ruhig bleiben in den wichtigen Straßen zum Haus Sonnenwald, wie es aktuell sei. Aber bei einer gewissen Größenordnung müsse man aus Fairness gegenüber den Anwohnern auch diese beteiligen und informieren. Er gehe davon aus, dass bei der Anbindung, egal bei welchem Investor, eine Änderung der Infrastruktur stattfinden müsse. Ob es über die Verkehrsführung, die Regelung dieser, im Extremfall über einen Ausbau oder andere Möglichkeiten der Anbindung außerhalb des Ortes sei. Eine bestimmte Größenordnung der Investoren werde nicht grundsätzlich abgelehnt. Aber er wolle gerne wissen, wie man das bei einer gewissen Größenordnung machen wolle, ohne dass die Bürger mitgenommen würden. Die nun auftauchenden Probleme müssten gelöst werden, nicht nur innerhalb eines Ortsrates oder Stadtrates.

Der Vorsitzende bestätigt, alles, was man von städtischer Seite machen könne, würde man machen. Das sei in der eigenen Hand. Jedoch hätte man die Punkte, die Wünsche an die Investoren, im Vorfeld klären müssen.

Stadtratsmitglied Klein (SPD) weist darauf hin, dass ein solch großes Projekt in Entwicklungsstufen verlaufe. Man stehe nun erst am Anfang. Er traue der Verwaltung, der Fachabteilung zu, mit den Anbietern in Gespräche zu gehen. Man wisse nun um die Sorgen, Nöte und Anregungen des Stadtrates bzw. der Gremien. Diese werde die Verwaltung sicher in die Verhandlungen einbringen. So, dass man in 4 bis 6 Wochen in einer Präsenzveranstaltung über die neuen Erkenntnisse reden könne und belastbare Zahlen und Fakten vorlägen. Er habe die Sorge, dass man ein solches Juwel, wie das Haus Sonnenwald in Besseringen, im Vorfeld bei zwei noch verbleibenden Anbietern noch zerrede. Man habe im ersten Verfahren gesehen, dass es nicht einfach sei, dieses Projekt zu realisieren. Man habe noch zwei potente Anbieter, er bitte darum, dass man sehr behutsam mit der Chance umgehe, dieses Projekt langsam und gemeinsam zu entwickeln. Man solle mit kleinen Hürden anfangen.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) weist als Ausschussmitglied vorsichtshalber darauf hin, dass die Vorlagen, die vorgelegt worden seien, auch ihm nicht bekannt gewesen seien. Das heiße, diese wurden adhoc, das erste Mal per Video erklärt und hätten keine konkrete Darstellung gehabt. Der zweite habe eine Darstellung gehabt, aber keine Konkretisierungen dazu. Der andere habe auch Darstellungen gehabt. Aber seinen Fragen habe man entnehmen können, dass er auch erst konkret nachhören habe müsse, was, wo, wie erledigt wurde. Seitens seines persönlichen Schlussresümees sei ihm einer der drei Bewerber am liebsten. Aber er habe immer daran gedacht, dass hier innerhalb der nächsten 6 Wochen eine Konkretisierung stattfinden, die jetzt auch auf dem Tisch liege. Aber der Inhalt sei nicht das, was konkret vorgestellt worden sei.

Der Vorsitzende wiederholt das bereits Gesagte, dass die Präsentationen auch für die Verwaltung erstmalig am Montag und Dienstag zu sehen gewesen seien und man danach am Mittwoch einen Vorschlag erarbeitet habe. Jede Fraktion habe davon Gebrauch gemacht, sich entsprechend zu positionieren.

Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) ergänzt seinen vorherigen Beitrag, dass er seinen, nun nicht mehr notwendigen Vertagungsantrag, damit begründet hätte, dass Teile des Ortsrates Besseringen den gleichen Wissensstand gehabt hätten, wie die übrigen Mandatsträger. Ergänzend dazu habe er angemerkt, die Veröffentlichung im Neues aus Merzig entspreche nicht dem, was auf der Tagesordnung des Ortsrates stehe. Gleichzeitig habe er auch betont, er merke das nur an, nicht, dass man durch Formfehler ein Problem bekomme. Es sei klar, dass der Ortsrat Besseringen dieses Projekt in jeder Weise unterstütze. Es sei nicht seine Absicht gewesen, das Projekt zu gefährden. Man werde positiv an der Weiterentwicklung mitarbeiten. Er bitte aber darum, den Ortsrat tatsächlich einzubinden.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) ergänzt, es sei eine gute Arbeit der Verwaltung und es gebe auch keinen Vorwurf. Es seien aber die Interessenten innerhalb von zwei Tagen vorgestellt worden. Am Tag darauf habe man innerhalb der Fraktion erst die Möglichkeit gehabt, intern darüber zu diskutieren. Wie solle man dann nochmals so kurzfristig Informationen weitergeben, diese gebe man nun weiter. Man habe sich in der Fraktion intensiv mit den Interessenten und den dann aktuellen Informationen beschäftigt. Vorher habe es eine Vorvorstellung der Interessenten gegeben in einer anderen Größenordnung. Sicher sei jeder überrascht gewesen, in welcher Größenordnung beide Investoren einsteigen wollten. Man solle aber nicht vergessen, dass dadurch auch andere Nebenwirkungen entstünden betreffend der Infrastruktur. Das habe nicht direkt mit den Investoren zu tun. Er rede vom Umfeld der Investitionen. Man bekomme ein Problem, wenn man die Bürger nicht beteilige.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) erinnert daran, dass er für seine Fraktion noch Folgendes beantragt habe: „Insofern bitten wir um Zustimmung, dass eine Bürgerbeteiligung vor einer Beschlussfassung durch die Gremien stattfindet.“ Das solle bitte mit abgestimmt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er gefragt habe, da es um den Ortsrat gehe, ob man im nicht-öffentlichen Teil darüber reden könne. Da auch über die weitere Vorgehensweise gesprochen werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) hakt nach, warum man über Bürgerbeteiligung im nicht-öffentlichen Teil sprechen und beschließen müsse.

Der Vorsitzende erwidert, dass niemand gegen eine Bürgerbeteiligung sei. Aber es gebe Informationen, die er nachher mitteilen wolle, die nicht in den öffentlichen Teil gehörten.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/ FDP) merkt an, man würde über Dasselbe zweimal abstimmen. Das sei unnötig.

Der Vorsitzende erklärt, es gehe im nicht-öffentlichen Teil auch um konkrete Namen und Zahlen. Ebenso werde man über das Verfahren reden. Dazu würde die Verwaltung dem Rat einen Vorschlag unterbreiten.

Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) betont, er habe den Vorschlag, dass es ihm lieber sei, dass man die Kontakte mit beiden Bewerbern auf der Basis deren Bewerbungen vom 13. und 14. Januar aufnehme, zurückgezogen. Dies seien ganz andere Bewerbungen gewesen, als in den Präsentationen vom Montag und Dienstag. Er sei jedoch mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, ohne die Änderungen. Dies habe er noch korrigieren wollen.

Ressortleiter Gasper greift auf, dass mehrfach gesagt worden sei, dass man sich in einem laufenden, noch nicht abgeschlossenen Verfahren befinde. Der Vorschlag von Herrn Lorenz betreffe das Verfahren, wenn man eine klassische Ausschreibung habe, in der man bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ein bestimmtes Gewerk zu bestimmten Konditionen anbieten müsse. Gerade das sei ein Interessenbekundungsverfahren gerade nicht. Lasse man also nur zu, was am Tag des Einreichens der Bewerbungsunterlagen vorgelegen habe, würde man vieles, was in der Zwischenzeit von den Projektentwicklern zu Recht weiterentwickelt worden sei, ausschließen müssen.

Stadtratsmitglied Manfred Klein (CDU) bestärkt die Aussagen von Herrn Gasper. Man habe ein Interessenbekundungsverfahren gehabt, man habe sehr interessante Vorträge zur Vorstellung gehabt. Man wolle von den Bewerbern noch Bewegung haben, da man das noch konkretisieren wolle. Insofern solle man sich als im Fluss betrachten. Es seien zwei gute Bewerbungen gewesen. Die Verwaltung sei gelobt worden, da sie sehr auf die Bewerber eingegangen sei. Daran sollte man anknüpfen und sehen, dass man am Ende nicht - indem man bereits jetzt alles überfrachte - keinen Bewerber mehr habe. Es müsse das gemeinsame Ziel sein, für Besseringen und die Kreisstadt eine gute Lösung zu finden. Beiden Bewerbern traue man zu, dass sie dies könnten. Deshalb solle man das Verfahren, wie es die Stadt vorgeschlagen habe, wählen.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Beratungen im Fachausschuss intensivere Gespräche mit zwei Bewerbern bezüglich der Konzepte „Hotel“ und einer Mischnutzung mit „Hotel, betreutem Wohnen und Gesundheit“ zu führen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	1

Tina Fischer ab 18:02 Uhr zur Abstimmung dabei.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) merkt an, ihm sei auf dem Planentwurf aufgefallen, dass zwei Häuser zu einem Mehrfamilienkomplex mit einem Treppenhaus zusammengelegt würden. Ebenso würden zwei Parzellen zur Herrichtung einer Baustelle für ein Gebäude zusammengeführt. Das habe ihn irritiert. Die Zusammenlegung sei sinnvoll, da die Struktur der Fläche dies nicht anders hergebe. Ihm sei jedoch aufgefallen vom Planentwurf her, dass diese Fläche als einzige eingedeckte Dachfläche als Flachdach gesehen werde und die anderen alle als Zeltdach, Gaube oder ähnliches. Er hätte gerne Klarheit darüber, inwieweit das verbindlich sei und inwieweit der nächste Investor auch dem Stil der Straße nicht entsprechend ein Flachdach installieren könne.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, gegen die Zusammenlegung der beiden Grundstücke in der hinteren Ecke sei grundsätzlich nichts zu sagen – sofern ein gemeinsames Haus auf die beiden Parzellen gebaut werde. Aber dort fehle die Markierung, ob es ein Flachdach sei oder ein Satteldach. Im gesamten Umfeld seien alle Dächer als Walm- bzw. Zeltdach deklariert, auch die neuen auf den beiden Parzellen, wo die beiden Wohneinheiten zusammengebaut würden mit einem gemeinsamen Treppenhaus. Grundsätzlich sei es so, wenn eine Zuführung zu einer Garage auf der einen Parzelle nicht stattfände, lehne man die Garage ab. Da die Zuführung hier nicht exakt genehmigt sei oder es müsse ein Vertrag vorliegen, der auf Dauer Gültigkeit habe. Wenn hier eines der Gebäude mit dem halben Treppenhaus abgerissen werde, habe das andere Gebäude keinen Zugang mehr ins Obergeschoss. Deshalb lehne er die Sachlage in dieser Form ab.

Ressortleiter Bies erwidert, alle Anmerkungen hätten nichts mit dem Thema zu tun. Das Thema Dachneigung sei im B-Plan beinhaltet. Ebenfalls habe nichts mit dem Thema zu tun, wie Treppenhäuser und Garagen angeordnet seien. Es gebe die Vorgaben des B-Plans, die einzuhalten seien. Alle anderen Fragen seien im Bauantrag zum Gebäude zu klären, nicht im jetzigen Stadium. Es gehe um die Änderung des Durchführungsvertrages. Man sei im Bereich des Bauplanungsrechts, nicht im Baurecht, von dem Herr Temmes spreche. Dieses werde erst im Zuge des Bauantrages zu klären sein. Das Vorliegende sei eine schematische Darstellung. Entscheidend sei der B-Plan und dieser werde nicht geändert. Das betreffe auch die von Herrn Weiten angesprochenen Dachneigungen.

Stadtratsmitglied Dorbach (CDU) führt aus, man habe einen privaten Investor gehabt, der das Gelände „Hinter Fußhaus“ entwickle. Dann habe sich im Rahmen seiner Planung herausgestellt, dass es offensichtlich jemanden gibt, der gerne auf zwei Parzellen – diese seien relativ klein, um 300 Quadratmeter -, also auf einem normalen Grundstück von 600 Quadratmetern ein Einfamilienhaus bauen wolle. Er frage, was dagegen spreche, dass ein Investor zwei Parzellen zusammenlegen lasse, und im Durchführungsvertrag einem Interessenten die Möglichkeit biete, dort ein Einfamilienhaus zu errichten. Umso sinnvoller erscheine es, wenn man dann noch zwei Häuser zusammenlege, damit man entsprechend der ursprünglichen Planung dem Bürger die gleiche Anzahl an Wohneinheiten anbieten könne. Es sehe kein Problem darin. Alles Weitere sei später im B-Plan-Verfahren zu klären, sofern es nicht schon geklärt sei.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) weist darauf hin, dass das Gesagte richtig sei und er damit einverstanden sei. Aber wenn man nun so abstimme, stimme man im weitesten Sinne gegen ein öffentlich geltendes Baurecht. Er wiederholt seine vorherigen Erläuterungen zum vorliegenden Plan.

Der Vorsitzende verweist auf die Äußerungen von Ressortleiter Bies zu den genannten Punkten.

**Beschluss:**

Der beantragten Änderung des Durchführungsvertrags wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	2	5

Johannes Ehm hat nicht mit abgestimmt.

Axel Ripplinger ab 18:44 Uhr dabei, hat mit abgestimmt.

---

**8 Verlagerung von Wirtschaftsplanmitteln zugunsten des Ansatzes "Kanalerneuerungen Inlinerverfahren" (SK 072050) 2021/903**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, er habe dem Vorsitzenden zwischenzeitlich seinen Bericht vom Januar 2015 zukommen lassen. Im Zuge der Umfahrung der Autobahnstrecke sei der Gesamtverkehr planmäßig durch die Ortslage Schwemlingen geführt worden. Diese sei die einzige Ortslage auf der Umgehungsstrecke gewesen, die sehr eng sei. Weiler, Büdingen, Eft-Hellendorf, diese seien alle breiter. Schwemlingen habe eine sehr enge Ortslage. Dort reichten die Häuser bis einen halben Meter an die Straße heran. Er könne auch Bilder nachliefern, auf denen man LKW an LKW sehe. Es liege in der Natur der Sache, dass die Kanalleitungen älteren Datums seien und die nun zu erwartenden hohen Kosten seinerzeit nicht ausgelegt gewesen seien. Diese Sachlage sei damals nicht erkennbar gewesen. Er gehe davon aus, dass sich diese Kanalleitungen im Eigentum der Stadt befänden. Ob dies auch für den Deckenbelag der Straße gelte, wisse er nicht. Er gehe davon aus, dass der Zustand der Kanalleitungen durch Videobefahrung – er hoffe neuesten Datums – im Bereich der angesprochenen Umfahrungsstrecke dokumentiert sei. Es sei ratsam, diese Berichte mit der LfS-Bauleitung zu sichten und als Beweissicherung bis nach dem Abschluss der Baumaßnahme und einer dann erneuten Videobefahrung anzuerkennen. Es erscheine aus seiner Sicht geboten, vor Beginn der Baumaßnahme in Durchfahrten von Ortschaften eine generelle Beweissicherung in Anlehnung an die DIN 41/23 in Verbindung mit der ZPO durchzuführen und den technischen Zustand verbindlich mit einer gegenseitigen Anerkennung zu dokumentieren. Dazu gehöre auch die flächenhafte Aufnahme des Straßenbelages: Setzungen im Asphalt, Kanaldeckelhöhen, Risse im Asphalt, Zustand der Rand- und Gehwege im Bereich der Umleitungsstrecke. Aus den Erfahrungen der letzten beiden Jahre in den Ortslagen Hilbringen, Resch und Ballern stelle er fest, dass in der Ortslage Hilbringen vom LfS die Maßnahme durchgeführt worden sei und danach hätte die Anbindungsstelle nach Fitten erneuert werden müssen. Seitdem stehe auf der Bushaltestelle in Ripplingen Wasser. An der Bushaltestelle in Resch neben der Kapelle bleibe Wasser stehen. Genau das, was in Schwemlingen auch passieren könne, bitte er mit seinem Vorwand abzuwenden. Daher wolle er wissen, ob eine Beweissicherung gemacht worden sei.



Der Vorsitzende betont, das angesprochene Schreiben von Herrn Temmes sei angekommen und beantwortet worden. Sollte er es noch nicht erhalten haben, so sei es per Post auf dem Weg.

Ressortleiter Bies führt aus, dass 2016 durch den Betrieb für innerörtliche Abwasserentsorgung der Kreisstadt Merzig im Rahmen der Eigenkontrolluntersuchung die gesamte Kanallage in Schwemlingen verfilmt worden sei. Die Verfilmung in allen Stadtteilen diene der Kanalsanierungskonzeption. Daran arbeite man. Es gebe ein Kanalkataster für die Gesamtstadt, das im Abstand von einigen Jahren überarbeitet und aktualisiert werde. Das sei eine fortlaufende Arbeit, d.h. jedes Jahr würden Kanäle verfilmt. Der Zustand des Kanals sei aufgrund der Verfilmung 2016 sehr gut bekannt gewesen. Es handle sich dort um alte Betonrohre aus den 1950er Jahren, die aufgrund von Betonfraß Materialermüdung und Schäden aufwiesen. Dies sei bei Betonrohren üblich und nicht auf die Belastung der Umleitungsstrecke zurückzuführen. Positiv zu werten sei, dass man das größtenteils mit dem Inliner-Verfahren machen könne, ohne Aufbruch oder Kopflöcher. Das sei zu der Zeit auch bereits bekannt gewesen. Im Vorgriff auf die eben genannte Sanierungskonzeption werde man nun Schwemlingen vorziehen, da man Synergieeffekte zur Maßnahme des LfS sehe. Der LfS sei schneller als geplant in seinem Zeitplan, daher sei es sinnvoll, die Mittel jetzt umzuschichten, damit man kurzfristig agieren könne. Darüber hinaus werde man die übrigen Kanäle auch alle filmen, aktuell werde nochmals neu verfilmt. Damit man den Unterschied sehen könne zu 2016 und den aktuellen Stand habe. Das werde kurzfristig gemacht. Die Schäden an den Randsteinen seien vorher aufgenommen worden, auch vom Baubetriebshof. Die meisten seien vor der Umleitung bereits beschädigt gewesen und gingen zu Kosten der Kreisstadt. Man werde aber auch hier im Zuge der Sanierung durch den LfS Synergieeffekte nutzen, vor allem in der Straßensperrung, und die Randsteine mitsanieren. So, dass man eine durchlaufende Sanierung habe. Vor etwa 5 oder 6 Jahren habe es bereits eine Präsentation im Werksausschuss gegeben vom Bereich Tiefbau und vom Bereich des Eigenbetriebs zur aktuellen Situation der Kanalkonzeption und den voraussichtlich anstehenden Sanierungsaufwendungen in den kommenden Jahren/ Jahrzehnten. Denn ein großer Teil der städtischen Kanäle sei genau in diesem Zustand, da sie auch in dieser Zeit entstanden seien. Er könne anbieten, falls dies gewünscht sei, dass dieses Jahr im Werksausschuss die Präsentation von 2016 aufbereitet und aktualisiert, auf den neuen Stand gebracht und mit den Informationen, wo man in der Zwischenzeit verfilmt und nähere Erkenntnisse gewonnen habe, und wo man mit der Gesamtkanalsanierungskonzeption stehe, nochmals präsentiert werde. Damit alle auf dem gleichen Stand seien. Das sei sicher auch für einige Ortsvorsteher interessant. Es werde am Schluss eine Zahl zu sehen sein, die erschreckend wirken könne, denn das Kanalsystem sei in vielen Bereichen in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. In Besseringen habe man schon größtenteils saniert.

Stadtratsmitglied Bänsch (CDU) begrüßt ausdrücklich, dass die Arbeiten nun zusammengemacht würden. Es gebe eindeutige Synergieeffekte. Für die Schwemlinger Bürger sei die Belastung dadurch viel geringer. Die Sanierung der Schwemlinger „Luxemburger Straße“ beschäftige bereits viele Jahre. Man sei froh, dass der LfS die Maßnahme nun realisiere. Die Straße sei in einem äußerst schlechten Zustand.

Der Schwemlinger Ortsvorsteher Linz begrüßt die geplante Maßnahme ebenfalls. Er bitte die Verwaltung jedoch, dass der Ortsrat in die Planungen und Besprechungen einbezogen werde. Man sei als Ortsansässige in der Lage, sicher einige Mängel adhoc aufweisen zu können,

die ortsunkundige Experten nicht so schnell sähen. Daher sei sicher von Vorteil, wenn der Ortsrat einbezogen würde und sein Wissen einbringen könne. Man sei bereit, Ortsbegehungen gemeinsam zu machen und sich alles vor Ort anzuschauen.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man dies aufgreifen werde.

Ressortleiter Bies erklärt, man habe per Mail an den Ortsvorsteher gestern und heute bereits angekündigt, dass man auf ihn zukommen werde bezüglich einer Terminierung und einer Vor-Ort-Begehung der Straßenzüge. Auf die Ortskenntnis sei man angewiesen. Der Baubetriebshof und der Leiter des Tiefbaubereichs würden mit dem Ortsvorsteher einen Termin ausmachen. Nach der Vor-Ort-Begehung schaue man, wie man schrittweise vorgehen könne.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) fragt nach, ob es vor 2016 keine Videobefahrung gegeben hätte, um das Schadenspotenzial zu sehen. Ab Oktober 2014 sei die Umleitung genutzt worden. Er sei nicht gegen das Inliner-Verfahren, gegen die Inliner, die dort eingebaut würden. Das sei der Stand der Technik. Er sei froh für jede Maßnahme, die den Kanal wieder abdichte und etwas stabilisiere. 100-prozentige Sicherheit könne man dort in dieser Zeit ohnehin nicht herstellen.

Ressortleiter Bies antwortet, ob es eine Videobefahrung vor 2016 gegeben habe, müsse er erfragen. Das alte Kanalkataster sei wesentlich älter als 2016. Daher gehe er davon aus, dass es vorher bereits etwas gegeben haben müsse. Das werde man nachschauen und mitteilen.

Der Schwemlinger Ortsvorsteher bezieht sich auf die vorherige Aussage von Herrn Bies und erklärt, er habe sich eher auf das Generelle bezogen, auf den Zustand der Straßen, auf die Löcher, die vor kurzem aufgetreten seien. Als Fallbereich sei auch die Luxemburger Straße gemeint gewesen. Es gehe nicht nur darum, die Luxemburger Straße zu begutachten in der Mailkonversation bzw. dem bereits ausgemachten Ortstermin.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/FDP) bezieht sich auf eine verschobene Maßnahme des LfS in der Losheimer Straße, damit die 100.000 Euro bereitgestellt werden könnten. Er fragt, welche Maßnahme dies gewesen sei.

Der Vorsitzende antwortet, dies sei eine Maßnahme des EVS in der Losheimer Straße. Man befinde sich in Verhandlungen mit dem EVS, um einige Dinge in dieser Maßnahme mitzumachen.

Ressortleiter Bies ergänzt, man erkundige sich dazu genauer. Es sei eine Maßnahme, die im Plan gestanden habe, die jedoch nicht dringlich dieses Jahr realisiert werden müsse. Man gebe dazu eine Rückmeldung.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/ FDP) fragt, ob es nichts mit der Ampelanlage in der Losheimer Straße zu tun habe.

Ressortleiter Gapser erklärt, es handle sich um eine Maßnahme des EVS, in der es um die Anbindung Schmutzwasser Gipsberg und auch Merchinger Straße, Schmutzwasser Merchingen gehe. Der EVS mache dies als eigene Maßnahme und die Stadt habe begleitende Maßnahmen durchzuführen.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/ FDP) fragt weiter, ob die in der Vorlage genannte Maßnahme des LfS etwas anderes sei.

Der Vorsitzende erläutert, man befinde sich seit einigen Jahren in Gesprächen mit dem EVS. Es gehe darum, dass ein Bereich gemacht werde, der auch den Bereich Gipsberg betreffe. In dem Zuge, da sei man mit dem LfS und dem EVS in Gesprächen gewesen, dass die Maßnahme des LfS in Zusammenhang gesehen werde mit der Maßnahme des EVS. Dazu solle ein gemeinsamer Zeitplan erstellt werden. Der EVS sei noch nicht bereit, es gebe daher nur einen Zeitplan, der noch relativ unkonkret sei. Die Maßnahme des EVS werde aber 2022 beginnen. Daher habe man verwaltungsseitig gesagt, wenn der EVS die Maßnahme 2022 angehe, dieser müsse sie als erster angehen, sei es nicht sinnvoll, dass der LfS im Vorfeld etwas mache. Man wolle die Maßnahmen bündeln. Man habe Gelder bereitgestellt und wolle diese daher nach Schwemlingen übertragen. Es mache dort Sinn, Synergien auszunutzen. Was man in beiden Fällen machen wolle.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/ FDP) fragt, ob sich damit dann auch die Fertigstellung des Verkehrskonzeptes für Merzig verzögere.

Ressortleiter Bies erläutert, es seien grundsätzlich zwei getrennte Maßnahmen von EVS und LfS, die zufällig im gleichen Gebiet der Stadt lägen. Daher habe man überlegt, wie man Synergien schaffen könne zur Entlastung der Bürger während der Bauphase. Der Zeitplan des LfS für die Lose C und D sei davon zunächst nicht tangiert. Diese liefen wie geplant. Der Stadtrat habe bereits die Aufstellung des B-Plans bezüglich des Kapellchens beschlossen. Da werde man in zwei Wochen neue Erkenntnisse seitens des LfS bekommen. Der einzige Unterschied in der Planung sei, dass der EVS mit einem kürzeren Vorlauf zur LfS-Maßnahme beginne als geplant.

**Beschluss:**

Der Verlagerung von Wirtschaftsmitteln zugunsten des Ansatzes „Kanalerneuerungen Inlinerverfahren“ (SK 072050) in Höhe von T€ 620 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	1

---

**9 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Der Vorsitzende teilt nach Anfrage von Stadtratsmitglied Spanier mit, dass Stand des Vortages Bonus-Gutscheine im Wert von über 101.000 Euro, also mehr als die Hälfte der Boni, bereits ausgezahlt worden seien. Man habe über die Hälfte der Gutscheine bereits verkauft. Erfreulicherweise seien auch viele der Beträge bereits eingelöst worden, so, dass die Betriebe die Gelder zeitnah von der Stadt erstattet bekommen würden.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) spricht eine Informationsmail der Verwaltung an, in der darüber informiert worden sei, dass auf Anregung des Stadtrates die freie Parkzeit mit Parkscheibe von 2 auf 4 Stunden verlängert worden sei. Dies sehe er positiv, vor allem auch die schnelle Umsetzung. Er wolle aber wissen, ob dies nun für einen längeren Zeitraum geplant sei und inwieweit die Parkleitschilder diesbezüglich noch anzupassen seien. Denn diese 7 Schilder in den Zufahrtsstraßen würden neue Besucher noch verwirren. Dort stünden noch die 2 Stunden freies Parken. Die Schilder seien aber ohnehin nicht ganz korrekt, da man auch Parksituationen von einer Stunde habe. Eigentlich müsse die Beschilderung also heißen „bis zu 4 Stunden“ oder „von 1 bis 4 Stunden kostenloses Parken“. Er frage aber daher, ob geplant sei, diese Schilder anzupassen oder nicht, da es nur eine kurzfristige Maßnahme sei.

Der Vorsitzende erklärt, es sei das Ziel gewesen, im ersten Schritt so schnell wie möglich in die Umsetzung zu gehen. Es seien relativ schnell die Schilder angefertigt und getauscht worden. Es sei, so habe er auch die Diskussion im Hauptausschuss verstanden, keine dauerhafte Änderung, sondern eine Maßnahme im Rahmen der Pandemie, um die Gewerbetreibenden zu unterstützen. Die Beschilderung des Parkleitsystems sei in Arbeit. Man habe vorrangig die Beschilderung auf den Parkplätzen geändert und werde die 7 Tafeln am Stadteingang anpassen. Man sei mit der Firma in Gesprächen, ob dies per Aufkleber zu lösen sei.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) spricht die beiden Stellplätze mit Ladestation für Elektroautos am Bahnhof an, die bisher immer begrenzt gewesen seien in der Parkzeit. Daher habe es keinen Sinn gemacht, ein E-Auto dort abzustellen, um die Bahn z.B. für den Arbeitsweg zu nutzen. Dort sei der Hinweis auf die 3-stündige Parkzeit auch entfernt worden. Daher wolle er gerne wissen, ob dies im Zuge der aktuellen Maßnahme geschehen sei, ob dort neue Schilder hinkämen oder ob man dort nun unbegrenzt parken könne.

Der Vorsitzende antwortet, das müsse man prüfen und werde dann eine Rückmeldung dazu geben.

Stadtratsmitglied Dorbach (CDU) merkt an, dass in der unteren Rehstraße in Hilbringen seit einiger Zeit eine Einbahnstraßenregelung bestehe. Im Zusammenhang damit habe es aus der Bürgerschaft im Ort einige Beschwerden gegeben. Diese bezögen sich jedoch nicht direkt auf die Einbahnstraßenregelung, sondern auf den LKW-Verkehr. Man habe seinerzeit in Absprache mit dem Ordnungsamt veranlasst, dass ab dem Ortseingang Hilbringen ein Fahrverbot bzw. ein Einfahrtverbot für LKW ab 7,5 t bestehe mit der Ausnahme von Anliegern. Damit solle verhindert werden, dass im Bereich der Mittelstraße und der Dechant-Dietrich-Straße, die beide sehr eng seien, schwere LKW fahren. Leider würden dennoch einige LKW-Fahrer die Schilder übersehen oder ignorieren. Daher habe er eine Anregung bzw. eine Bitte um Prüfung. Die Schilder, die am Ortseingangsschild angebracht seien, größer oder deutlicher darzustellen und/oder im Bereich der St. Georg-Straße in Ballern einen Vorhinweis darauf aufzustellen.

Der Vorsitzende sagt zu, dies zu prüfen.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke, Daniel Barth, sagt zur Frage der Parkplätze für E-Autos am Bahnhof, dass er davon ausgehe, dass der Wegfall der Beschilderung, zumindest der Parkzeitbegrenzung, damit zusammenhänge, dass die Stadtwerke seit einigen Monaten von

kostenlosem Elektroladen auf ein Bezahlssystem umgestellt hätten. Innerhalb dieses Systems würde zunächst die betankte Kilowattstunde bezahlt und dann eine Pönale entstehe, wenn man eine gewisse, übliche Ladezeit überschreite. Insofern habe sich das Verbotsschild aus der Sicht des Ladenden dort erübrigt. Er werde sein Auto, wenn es geladen sei, nicht unnötig stehen lassen oder er zahle dann Parkgebühren.

Stadtratsmitglied Bänsch berichtet, dass sie mehrere Anfragen älterer Bürger erreicht hätten, meist wohnhaft in dem Wohnpark, in dem sie beruflich tätig sei, ob sie von ihr getestet werden könnten, da ihre Bewohner auch getestet würden. Die älteren Bürger berichteten, sie hätten keine Möglichkeit online einen Termin zu buchen. Daher stelle sie die Frage, ob es für ältere Menschen eine andere Möglichkeit gäbe einen Testtermin zu vereinbaren.

Der Vorsitzende erklärt, im Zeltpalast sei es ab der kommenden Woche möglich, sich ohne Termin testen zu lassen. Generell habe die Terminvereinbarung den Hintergrund, dass sich die Testenden besser einstellen könnten, dass es keine langen Warteschlangen gebe, was es in der aktuellen Lage zu vermeiden gelte. Man greife den Hinweis aber auf und gebe es weiter.

Stadtratsmitglied Conrad (CDU) bezieht sich auf die Anmerkungen von Herrn Dorbach und ergänzt, es falle auch auf, dass in der Kurve an der Kirche immer geparkt werde, gegenüber der Behindertenparkplätze. Dies sei manchmal schwierig. Weiterhin sei ihr nicht klar, welchen Vorteil ein Schild in der St.-Georg-Straße habe. Denn die LKW würden durch die Hilbringer Straße fahren.

Der Vorsitzende bestätigt, man nehme auch diese Hinweise auf und prüfe diese. Es gebe eine Verkehrskommission, die sich mit diesen Punkte beschäftigen werde. Man gebe dazu dann entsprechend eine Rückmeldung.

Stadtratsmitglied Boos (CDU) spricht das Thema Müll an, dass am Vortag in der Ortsratssitzung diskutiert worden sei. Es werde sehr deutlich, dass in den Bereichen Stadtpark und entlang der Saar – eigentlich überall dort, wo momentan Menschen unterwegs seien – die Müllbelastung deutlich gestiegen sei. Es liege wahrscheinlich an Corona, dass mehr Menschen unterwegs seien. Er frage daher, ob es möglich sei, größere oder mehr Müllgefäße aufzustellen.

Der Vorsitzende erklärt, man werde sich das anschauen. Eine Problematik sei jedoch, dass manche Menschen ihren privaten Müll in den öffentlichen Mülleimern entsorgten. Deshalb habe man sogar Mülleimer entfernt. Diese seien nach der Leerung zeitnah wieder komplett gefüllt gewesen, hauptsächlich mit Hausmüll.